

Votum Gegenvorschlag Bern erneuerbar

Frau Ratspräsidentin

Frau Energiedirektorin

Werte Kolleginnen und Kollegen

Die SP/JUSO/PSA-Fraktion lehnt die Anträge der BDP klar ab.

Als wir gestern Nachmittag kurzfristig noch die Anträge der BDP erhielten, war unsere Überraschung gross. Wir sind erstaunt und auch verblüfft über dieses Vorgehen.

Zur Erinnerung: Gemäss ursprünglicher Planung hätten wir Mitte 2011 bereits über die Initiative abgestimmt. Seit diesem hinfälligen Abstimmungstermin ist inzwischen mehr als ein Jahr vergangen. Es wurden verschiedene Verzögerungstaktiken vollzogen. Die Verwaltung hat intensiv gearbeitet und zahllose Stunden im Zusammenhang mit dieser Initiative und dem Gegenvorschlag eingesetzt.

Die Kommissionsarbeit gestaltete sich alles andere als effizient und zielorientiert. Obwohl dies die Wählerinnen und Wähler von uns Kantonspolitikerinnen und – politiker erwarten dürften. Nein, praktisch jeder Entscheid der Kommission wurde im Parlament wieder rückgängig gemacht. Und stets wurden im Parlament wieder neue Vorschläge eingebracht, die vorgängig der Kommission nicht vorlagen. Das ist aus meiner Sicht alles andere als seriöse politische Arbeit. Das ist eher eine Mischung aus Hinhaltenaktik, Verzögerungsmanövern und politischem Unwillen.

Aber inzwischen ist das Ende der Grossratsberatungen in Sachen „Bern erneuerbar“ doch langsam in Sicht. Und die Stimmbevölkerung kann voraussichtlich und mit grosser Verspätung im kommenden Frühling hoffentlich endlich über die Initiative und einen allfälligen Gegenvorschlag abstimmen. Das sind wir den 18'000 Menschen, die die Initiative 2009 unterschrieben haben und auch der restlichen Bevölkerung des Kantons, schuldig.

Heute geht es nun aber vorerst nur um den Gegenvorschlag. Nach der letzten Kommissionssitzung im Februar war ich optimistisch: Der FDP-Gegenvorschlag, der

uns heute vorliegt, wurde in der Kommission – wir haben es gehört – mit 10:7 Stimmen angenommen. Alternative Varianten von Gegenvorschlägen gab es nicht.

Die Argumente und Anträge der BDP, die aber jetzt eingebracht wurden, sind ein Rückschritt. Sie sind auch fadenscheinig. Um nicht zu sagen „scheinheilig“. Weshalb?

Die Diskussion, ob Jahres- und Prozentzahlen in die Verfassung bzw. in die Übergangsbestimmungen gehören, haben wir bereits vor über einem Jahr geführt. Die Regierung zeigte uns damals auf, dass es etwas völlig Normales sei, dass in Übergangsbestimmungen Jahreszahlen stehen. Denn es macht definitiv keinen Sinn, sich Ziele zu setzen, wenn man nicht weiss, bis wann diese erreicht werden sollen.

Damals hat uns Regierungsrätin Barbara Egger in der Juni-Session auch noch ein paar Beispiele mit solchen Zahlen aus der Bundesverfassung aufgezeigt. Ich wiederhole: Da sind beispielsweise die Übergangsbestimmungen zu Artikel 84, zum alpenquerenden Transitverkehr.

Oder die Übergangsbestimmungen zu Artikel 113, zur beruflichen Vorsorge. Dort und in anderen Artikeln stehen ebenfalls explizit Jahreszahlen und Prozentzahlen. Und die Rechtmässigkeit haben wir ja auch mit zusätzlichen Gutachten mehrfach überprüfen lassen. Weshalb jetzt also dieser erneute Zweifel?

Wenn die Verbindlichkeit bzw. die Zielformulierung mit der Jahreszahl in der Übergangsbestimmung gestrichen wird, wie das die BDP will, bleibt nur ein Grundsatzbekenntnis übrig. Solche Bekenntnisse haben wir seit Fukushima viele gehört. Gerade und besonders laut auch von der zuvor sehr Atomfreundlichen BDP. Aber diese reichen für die Energiewende definitiv nicht aus. Es braucht Taten und konkrete Vorgaben, nicht laue Worte und Lippenbekenntnisse. Es braucht Nägel mit Köpfen. Und damit Taten ermöglicht werden können, braucht es klare Ziele. Gerade die Wirtschaft braucht doch klare Signale und nicht Unsicherheit betreffend der geltenden Rahmenbedingungen.

Dazu kommt, dass die BDP-Idee kein echter Gegenvorschlag mehr wäre, zumal diese allgemeinen Zielformulierungen in Artikel 35 im Grundsatz bereits heute im Energiegesetz stehen. Dort steht in Artikel 2, Absatz 2, Buchstabe b: „Insbesondere dient es (das Energiegesetz) den Zielen, das Energiesparen und die zweckmässige

und effiziente Nutzung der Energie zu fördern“ Und Buchstabe c: „die Nutzung erneuerbarer Energien zu fördern.“ Und in Artikel 2, Absatz 3, Buchstabe b: „Es bezweckt den gesamtkantonalen Wärme- und Strombedarf möglichst mit CO2-neutralen, erneuerbaren Energien zu decken.“

Die Zahlen in den Übergangsbestimmungen sind doch gerade das Wichtigste an Gegenvorschlag und Initiative. Sie geben auf einer übergeordneten Ebene klare Fristen als Ziel vor.

Der Gegenvorschlag verlangt, dass bis in 30 Jahren der Wärmebedarf und der Stromverbrauch vollständig aus erneuerbaren Energien gedeckt werden sollen. Im Vortrag wurde dargelegt, dass dieses Ziel erreicht werden kann. Wie das Ziel erreicht werden soll, wird dann auf Gesetzesstufe festgelegt. Gestützt auf den Verfassungsartikel, braucht es anschliessend Gesetzesänderungen, die wiederum im Parlament behandelt würden. Also weshalb diese Angst vor dieser Zahl in den Übergangsbestimmungen? Übrigens kennen solche Jahreszahlen als Zielvorgabe für die Energiewende bereits diverse grosse Schweizer Städte, so etwa Bern, Basel, Zürich, Genf und seit März auch Aarau.

Von bürgerlicher Seite wurde vor einem Jahr gewünscht, dass es einen Gegenvorschlag gibt. Seit der Ratsdebatte vom 8. Juni 2011 liegt der Text des FDP-Gegenvorschlags vor. Seither wurden verschiedene Abklärungen gemacht, Gutachten eingeholt und der ausführliche und informative Vortrag zum Gegenvorschlag formuliert.

Die BDP muss jetzt einfach nur mal den Mut haben einen Entscheid zu treffen und mitzuteilen, was sie genau will: Entweder meint Ihr es ernst mit der Energiewende und stimmt dem ursprünglichen Gegenvorschlag der FDP bzw. der Initiative zu oder Ihr spielt weiter auf Verzögerung und Wischi-waschi. Es geht darum Farbe zu bekennen, und zwar für den Atomausstieg und vor allem für den Umstieg auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Das Potenzial der erneuerbaren Energien und vor allem der Energieeffizienz ist gross. Und es ist höchste Zeit, dass wir diese Grundsatzklärung mit einem klaren Ziel abgeben und die Stimmbevölkerung darüber befinden lassen. Merci!